lassen werden, was die Möglichkeit gewährt, sie jederzeit wieder einzuberufen, und überhaupt eine viel engere Verbindung mit dem activen Heer voraussetzt. Es kommt ferner hinzu, daß eine ganze Anzahl von Kategorien dienstpflichtiger Mannschaften, auch bei den Fußtruppen, von vornherein von der Entlassung nach zwei Jahren ausgeschlossen wird, was viel Unbilligkeit, Unsicherheit und Willkür in sich schließt. Nach diesen Richtungen, der Sicherung des dauernden Bestandes der zweijährigen Dienstzeit und der möglichst festen Umgrenzung des Geltungsbereiches dieses Zugeständnisses, werden sich die ersten Bemühungen des Reichstages zu wenden haben, denn es ist dies ein Grundstein des ganzen Gesetzentwurfes. — Gleichzeitig mit diesen Abänderungsversuchen wird von ultramontaner Seite der Versuch unternommen werden, einen Preis für die Zustimmung zu der abgeänderten Militärvorlage herauszudrücken. Die „Germania" schreibt nämlich:

„Wir fordern die Aufhebung des allen Rechts- und Freiheitsbegriffen widersprechenden Jesuitengesetzes im Namen der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung als Staatsbürger. Deshalb wird das Centrum in der nächsten Session den Antrag auf Aufhebung desselben erneuern, unbekümmert um Militärvorlage und andere Dinge."

Der Herr Reichskanzler hat bekanntlich vor nicht langer Zeit erklärt, daß er in die Aufhebung des Jesuitengesetzes nicht willigen werde. Bekannte Vorgänge machen es jedoch erklärlich, daß das Centrum ihm Entwickelungsfähigkeit und Anbequemung an das „Unvermeidliche" zutraut. Er wird jetzt zu zeigen haben, ob die Jesuitenfreunde ihn richtig beurtheilen.

Wenn sich der Inhalt der neuesten Telegramme bestätigt, dann können die Socialisten und Radicalen in Frankreich mit Recht behaupten, daß sie aus dem Streit von Carmaux als vollständiger Sieger hervorgehen. Nach einer allerdings noch unbestätigten Meldung des Journals „Jour" unterzeichnete Präsident Carnot auf Antrag der Minister der Justiz und der öffentlichen Arbeiten die Begnadigung der Verurtheilten, die Bergwerksgesellschaft stellt die Arbeiter ohne Ausnahme wieder an und der Director des Werkes tritt zurück. Damit hat die französische Regierung, welche ohne Zweifel die Massen fürchtet, sich dem Willen des Pöbels unterworfen und die Arbeitgeber mögen nun zusehen, wie sie mit ihren Arbeitern, welche heute die Dictatoren in Frankreich sind, fertig werden. Mit dieser Unterwerfung hat die französische Republik eine Bahn betreten, die ihr theuer zu stehen kommen wird; sie hat den Arbeitern das Recht eingeräumt, durch Ausstände privatrechtliche Abmachungen aufzuheben, und damit ist eine große Unsicherheit mehr in den gesammten französischen Verhältnissen geschaffen. Die Lage in Frankreich ist heute thatsächlich so, daß man seine Mitmenschen mit dem Tode bedrohen, Thüren und Fenster einschlagen darf, ohne bestraft zu werden. Das Schönste bei der Sache ist, daß die streikenden Bergleute auch jetzt noch keine Miene machen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es liegt zwar eine Meldung aus Carmaux vor, nach der 600 Bergarbeiter dem Präfecten des Tarn-Departements gegenüber sich zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt haben, doch das sind die außerhalb des sogenannten Arbeitersyndicats stehenden Arbeiter, die von vornherein nicht mit dem Streik einverstanden waren. Die eigentlichen Urheber des Streiks, die socialistischen Bergleute, beharren bei ihrem Trotz und wollen weiter faulenzen. Man kann das ihnen schließlich nicht verdenken angesichts der eifrigen Unterstützung, welche sie von allen Seiten empfangen. So bewilligte der zur Mehrzahl aus Socialdemokraten zusammengesetzte Pariser Gemeinderath wieder 10 000 Franken für die Ausständigen. Allen diesen aufwieglerischen und staatszersetzenden Bestrebungen sehen die französischen Machthaber ruhig zu.

Man scheint in Frankreich thatsächlich an Gespensterfurcht zu leiden. Wie aus Paris gemeldet wird, verbreitet die „Agence Havas" die Mittheilung, Oberst Dodds habe die Ueberzeugung von der Anwesenheit von Europäern in den Reihen der Dahomeer gewonnen und zweitausend Franken für jeden dieser Weißen ausgesetzt, den man ihm lebendig einbringe. Unter diesen Europäern sind selbstverständlich „Deutsche" zu verstehen. Geht die Dummheit weiter, so kann man gewärtigen, daß die Amazonen des Königs Behanzin von den französischen Blättern als eingewanderte deutsche Mädchen hingestellt werden. Die Kundmachung des Oberst Dodds soll offenbar als Entschuldigung dafür dienen, daß Abome noch nicht eingenommen worden ist. — Eine weitere Klage der Franzosen betrifft die angeblichen deutschen Waffenlieferungen an den König von Dahomey. Diesen Klagen gegenüber kann nur hervorgehoben werden, daß die deutsche Regierung in Togo alle Maßregeln getroffen hat, um einen solchen Handel zu verhindern. Wenn in Weidah von deutscher Seite Waffen in Dahomey geliefert worden sind, so kann nur abermals erklärt werden, daß die deutsche Regierung nicht in der Lage ist, an diesem ihr nicht gehörenden und ihr nicht unterstehenden Hafenplatz eine wirksame Controle und eine Verhinderung des Waffenhandels vorzunehmen. — Ueber den Stand der Dinge auf dem Kriegsschauplatz liegt folgendes Telegramm vor, das fast so aussieht, als ob es in Paris selbst zur Beschwichtigung der Gemüther angefertigt worden ist:

Paris, 28. October. Ein Telegramm des Obersten Dodds vom 24. d. M. meldet, in dem Feldlazareth befänden sich keine Kranken mehr, die Verproviantirung der Expedition sei beendet und die Effectivbestände seien durch Heranziehung von Truppen aus den Garnisonen an der Küste verstärkt worden. Die Truppen seien in vortrefflicher Verfassung und trotzen Vorkehrungen, wieder die Offensive zu ergreifen.

An der Art und Weise, wie man in England ganz allgemein Colonialfragen behandelt, können unsere verbissenen deutschen Colonialgegner, die sich zumeist aus den Reihen der deutsch-freisinnigen und der socialdemokratischen Partei recrutiren, sehr viel lernen. Gegenüber der Ugandafrage treten in England alle sonstigen Fragen in den Hintergrund. Abordnungen bei Lord Rosebery, Erörterungen und Erklärungen in den Blättern seitens der Missionsgesellschaften, der verschiedensten Afrikareisenden und vieler Privatleute häufen sich von Tag und Tag und es herrscht volle Einmüthigkeit darüber, daß Uganda seitens Englands nicht aufgegeben werden darf. Wie schon gemeldet, hat auch der frühere Cabinetschef, Lord Salisbury, das Wort genommen. Derselbe hat ein Schreiben veröffentlicht, in welchem er sagt, die vorige Regierung hätte die Räumung Ugandas nicht beschlossen, vielmehr stets beabsichtigt, dasselbe zu halten, auch niemals Ursache für die Annahme gegeben, es würde von Großbritannien geräumt werden. Die Regierung hätte sich nur über die Frage schlüssig zu machen, ob die britische Ostafrikagesellschaft fernerhin Uganda besetzt halten solle. Gerüchtweise verlautet, die Ugandafrage habe Meinungsverschiedenheiten im Cabinet verursacht. Lord Rosebery solle die Herstellung des britischen Protectorats in Uganda entschiedener befürwortet als die meisten seiner Collegen. Diese Frage bildete den Gegenstand der Erörterung im letzten Ministerrath. Die Räumung Ugandas wird allen Anzeichen nach nicht erfolgen. Sir Charles Dilke sagte einem Berichterstatter des „Hamb. Cour.", die Ugandafrage werde allein vom parteitaktischen Standpuncte aus entschieden werden. Principien kämen dabei nicht in Betracht, obgleich alle möglichen Schlagworte zur Agitation herhalten müßten. Die Regierung habe darauf Rücksicht zu nehmen, daß sie eine Niederlage erleiden würde, wenn bei der Entscheidung über die Angelegenheit nur zwanzig Mitglieder mit der Opposition stimmten. Ihre endgiltige Haltung werde sich nach dem Stande der öffentlichen Meinung bei Ablauf der der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft gewährten Frist richten müssen. Daß Deutschland der nächste Erbe wäre, wenn Uganda von England aufgegeben würde, glaubt Dilke nicht. Er sagte:

„Deutschland hat mehr als genug mit seinen jetzigen Besitzungen in Afrika zu thun und wird an eine Ausdehnung seines Colonialgebietes nicht denken können. Eher könnte noch der Congostaat als nächster Erbe in Betracht kommen. Der König von Belgien hat schon bei seiner letzten Anwesenheit in London angefragt, ob er die Grenzen des Congostaates bis über den Nil ausdehnen könne, hat damals aber vom Cabinet Salisbury eine abschlägige Antwort erhalten. Doch ist es, wie gesagt, noch sehr unbestimmt, ob wir Uganda überhaupt räumen werden."

Wie aus London berichtet wird, dürfte der bei den Mächten in Angelegenheit des Conflicts mit Rumänien unternommene griechische Schritt zunächst eine Fühlungnahme der Cabinete unter einander zur Folge haben. Griechenland will bekanntlich die guten Dienste der Mächte in Anspruch nehmen. Es muß daher also vorerst Klarheit darüber gewonnen werden, ob die Mächte, was sehr fraglich ist, geneigt sein werden, dem Wunsche Griechenlands zu willfahren, der vor Allem darauf abzielt, daß die Angelegenheit einem Schiedsspruche unterbreitet werde.

In Bezug auf die Wahlagitation in den Vereinigten Staaten von Nordamerika wird die bedeutungsvolle Nachricht gemeldet, daß der in New-York sehr einflußreiche Gouverneur Hill und der sogenannte Tammany-Ring dem Präsidentschafts-Candidaten Cleveland ihre Unterstützung zugesagt haben. In Tammany-Hall fand am Mittwoch ein tolossales Massenmeeting zu seinen Gunsten statt. An zwölf Stellen in den benachbarten Straßen waren Rednertribünen errichtet, der Verkehr war vollständig gesperrt. Hunderte von Versammlungen will der Ring fortab in ganz New-York halten. Des schmerzlichen Verlustes, welchen Harrison erlitten, wurde von den Rednern in entsprechender Weise gedacht, und es ward ausgemacht, daß am Begräbnißtage der Frau Harrison die Hauptquartiere beider Parteien geschlossen bleiben. Senator Hill selbst ist nach Westvirginien gegangen, um dort für die Demokraten zu wirken. — In dem Bezirk der Carnegie'schen Fabriken ꝛc. dauert die Anarchie fort. Tagtäglich werden zur Arbeit bereite Leute überfallen und auf den Tod mißhandelt. Der Ruf nach Erklärung des Belagerungszustandes wird unter den ordnungsliebenden Einwohnern immer allgemeiner.

Deutsches Reich.

ss. **Berlin**, 28. October. Den „Göttern" im Rothen Hause zu Berlin wird heute die hereinbrechende „Götterdämmerung" mit verstärktem Tone prophezeit — wer's dann glaubt, bezahlt einen Thaler. Die Tragikomödie, mit der das Rothe Haus sich interessant macht, wird nach unserem Dafürhalten bald ihren Abschluß finden und dann wird die jetzt links abmarschirte Gruppe der „Fraction der Linken" das Heft wieder in sicheren Händen haben. Wenn in Berlin hinter den Balconthüren der vornehmen Häuser nicht gar so viele Schlafmützen erster Classen in communal-politischer, wie auch in parteipolitischer Beziehung wohnten und wenn der Mittelstand in Berlin, die zweite Wählerclasse, sich nicht am liebsten im Stande entweder des Stöcker'schen Sprengwagens oder des fortschrittlichen Geldkarrens tummelte, dann wäre der gestrige Sieg der 61 wohl als Anfang einer neuen Aera zu begrüßen. Aber es ist das Schicksal der Millionenstädte, daß sie im Radicalismus immer tiefer sinken, und so wird die jüngste Secession nicht etwa den status quo wiederherstellen, sondern den Schwerpunct der Politik im Rathhause planmäßig noch etwas weiter nach links verlegen. Von den 61, die noch den Muth hatten, Stryck wiederzuwählen, werden bei nächster Gelegenheit ein Dutzend oder mehr ihre Würde als Stadtverordnete an den Nagel hängen, freiwillig oder unfreiwillig, und die 46, die Langerhanns gewählt haben, werden mit Singer und Genossen die Geschäfte der Reichshauptstadt verwalten, die bisher ohne, ja meist gegen Singer und Genossen verwaltet werden konnten. Das wird der Unterschied zwischen einst und jetzt sein und dann hat die Affaire Stryck ihre Schuldigkeit gethan! Inzwischen sorgt die Presse des Fortschrittsringes für den Humor, indem sie auf „tiefe" zusammengewürfelte und winzige Mehrheit spöttisch herabsieht. Ja Bauer, hier ist etwas ganz Anderes.

ll Berlin, 28. October. Als der Verein für Socialpolitik vor einigen Jahren seine Untersuchungen über den Wucher auf dem Lande einzuleiten begann, wurde von einem der Leiter desselben, dem Professor G. Schmoller, der Vorschlag gemacht, dem Wucher in der ländlichen und kleinbürgerlichen Bevölkerung auf dem Wege des Concessionswesens entgegenzutreten. Professor Schmoller dachte sich die Regelung der Angelegenheit ähnlich, wie sie beim Pfandleihwesen bereits durchgeführt ist. Wer Geldgeschäfte mit der ländlichen und kleinbürgerlichen Bevölkerung machen wollte, sollte danach um eine Concession nachsuchen müssen. Dieselbe sollte nur unbescholtenen Geschäftsleuten ertheilt werden dürfen. Die Concessionare aber sollten noch unter staatliche Aufsicht gestellt werden. Dieser Gedanke fand seinerzeit großen Anklang. Nunmehr, nachdem die zuständige Reichsbehörde mit einem auf die Ausdehnung der Wucherbekämpfung abzielenden Gesetzentwurf an den Bundesrath herangetreten ist, wird es nicht fehlen, daß der Gedanke wieder aufgenommen und verdichtigt werden wird. In der Novelle zum Wuchergesetz ist er nicht zum Ausdruck gelangt. Die zur Prüfung der Wucherfrage zuständige Reichsbehörde hat wohl erwogen, ob sie in die Novelle Bestimmungen ähnlicher Natur, wie sie das Concessionswesen mit sich bringt, aufnehmen sollte. Sie ist jedoch zu der Ueberzeugung gelangt, daß es besser sei, davon Abstand zu nehmen. In erster Linie dürfte dabei der Gedanke maßgebend gewesen sein, daß es unmöglich sein würde, Gewerbebetriebe, welche Geldgeschäfte mit bestimmten Bevölkerungsclassen vornehmen, von den Bankgeschäften zu unterscheiden. Es lassen sich hier keine Kriterien finden, welche die Grenze zwischen beiden Kategorien klarlegen könnten. Sodann aber dürfte wohl auch die Erwägung mit bestimmend gewesen sein, daß gerade durch die Concessionsertheilung die besseren Elemente sich von der Vermittelung von Geldgeschäften mit der ländlichen und kleinbürgerlichen Bevölkerung abgeschreckt fühlen könnten und dann erst recht das Feld Denjenigen überlassen bleiben würde, welche trotz des Concessionswesens Mittel und Wege finden würden, Wuchergeschäfte zu betreiben.

— Der Kaiser, welcher zur Zeit in Liebenberg weilt, wird seinen dortigen Jagdaufenthalt bis morgen Abend ausdehnen.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." stellt heute ein Resumé über die bisherigen Preßstimmen betreffs der Militärvorlage zusammen. Das Blatt tritt dem entschiedenen Veto gegen dieselbe entgegen und meint, die bisherige Erfahrung berechtige dazu, daran festzuhalten, daß die bis jetzt laut gewordene Zeitungsopposition keinen positiven Werth habe und über das Schicksal der Vorlage keinen Aufschluß gebe. Die politische Prophetengabe der Zeitungen hätte nur in seltenen Fällen im thatsächlichen Verlauf der Dinge eine Rechtfertigung erhalten.

— Wie nach der „M. Z." verlautet, besteht die Absicht, die Einführung der socialpolitischen Gesetze in Helgoland durch kaiserliche Verordnung zu bewirken.

— In der am 27. d. M. unter dem Vorsitz des Staatssecretärs Dr. v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung beschloß der Bundesrath, der Eingabe der Tiefbau-Berufsgenossenschaft, betreffend die Ausscheidung der Betriebe der Straßenpflasterer, Asphaltirer und Cementirer aus den Baugewerks-Berufsgenossenschaften und ihre Ueberweisung an die Tiefbau-Berufsgenossenschaft, keine Folge zu geben. Dem Reichskanzler wurden überwiesen: die Resolution des Reichstags, betreffend die Reform der Militairgerichts-Verfassung und der Militair-Strafprocessordnung, eine Eingabe der Agitationskommission der Bäckereiarbeiter Deutschlands in Hamburg, betr. den Vollzug der Arbeiterschutz-Gesetzgebung in Bäckereien, und mehrere Eingaben, betreffend den Terminhandel mit Nahrungsmitteln und unentbehrlichen Verbrauchs-Gegenständen. Dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen wegen Erhöhung der Weinsteuer für Kunstwein wurde die Zustimmung ertheilt. Sodann wurde über mehrere Vorlagen und Eingaben in Zoll- und Steuerangelegenheiten Beschluß gefaßt. Der Antrag von Reuß j. L., betreffend das Ausscheiden der staatlichen Tiefbaubetriebe des Fürstenthums Reuß j. L. aus der Tiefbau-Berufsgenossenschaft, der Entwurf eines Gesetzes wegen Ergänzung der Bestimmungen über den Wucher, der Entwurf eines Gesetzes über die Abzahlungsgeschäfte und der in der vergangenen Session des Reichstags unerledigt gebliebene Gesetzentwurf gegen den Verrath militairischer Geheimnisse wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung übergeben.

— Der zur Stellvertretung des Gouverneurs von Ostafrika commandirte Oberstlieutenant Freiherr v. Schele beabsichtigt am 23. November nach seinem neuen Bestimmungsort abzureisen. Das Commando leitet der „K. Z." zufolge auf sechs Monate, doch glaubt man vielfach in Herrn v. Schele den Nachfolger des Herrn v. Soden erblicken zu dürfen. Herr v. Schele, der heute 45 Jahre alt ist und sich einer sehr kräftigen Gesundheit erfreut, war bis jetzt Chef der Cavallerie-Abtheilung im Kriegsministerium. Nach erfolgter Ausbildung im Cadettencorps trat er als Officier ins Magdeburgische Dragoner-Regiment Nr. 6, in welchem er als Ordonnanz-Officier beim Marschall Montecuccoli den Feldzug von 1866 mitmachte. Nach dem Kriege wurde er in das 3. Garde-Ulanen-Regiment versetzt, im Kriege von 1870 finden wir ihn als Ordonnanz-Officier des Prinzen Albrecht Sohn. Im Jahre 1876 wurde er als Schwadronschef in das 16. Dragoner-Regiment versetzt, nachdem er vorher eine Zeit lang Adjutant der 1. Garde-Cavallerie-Brigade gewesen. In den Jahren 79 bis 86 war er persönlicher Adjutant des Prinzen Albrecht, später etatsmäßiger Stabsofficier im 3. und dann Commandeur des 7. Ulanen-Regiments. Seit 91 bekleidet er seine jetzige Stellung als Abtheilungschef im Kriegsministerium.

— Ueber Lothar Bucher und die Maigesetze weiß ein Mitarbeiter der „Pos. Ztg.", dem wir die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Mittheilung überlassen müssen, Folgendes zu berichten:

„In einer einseitig nationalen oder evangelisch-kirchlichen Abneigung gegen den Ultramontanismus fehlten dem geistig überragenden Strategiker Bucher so gut wie alle Vorbedingungen. Trotzdem gebrüte er (und dies ist nachmalig Weise soll gar nicht bekannt) zu den Männern, die zuerst und am überzeugtesten den Culturkampf vom Anfang der siebziger Jahre mitmachten. Von den Stürmen dieses heißen Kampfes mochte Bucher glauben, daß in ihnen die junge Pflanze des deutschen Reichs am besten gedeihen werde. Zu so manchem Maigesetz ist der erste Stein von Lothar Bucher und nicht vom Cultusminister Falk gelegt worden. Die Wendung in der inneren Politik, ohne die (d. h. ohne die Unterstützung des Centrums) Fürst Bismarck den neuen Zolltarif nicht haben konnte, stieß so mit dem Grundwesen der Bucher'schen Politik gefährlich zusammen, und die Anfänge zur politischen Entfernung zwischen dem Fürsten Bismarck und seinem bedeutendsten Gehilfen reichen in diese Zeiten zurück. Es beweist für das Verhältniß der beiden Männer gar nichts, wenn immer darauf hingewiesen wird, daß sie sich nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck wieder im besten und wirklich innigsten Einvernehmen zusammenfanden. Ihre persönlichen Gesinnungen für einander brauchten in den acht Jahren von den ersten Anfängen der veränderten Wirthschaftspolitik bis zum Ausscheiden Bucher's gar keine Wandlungen erlitten zu haben, und trotzdem kann die Politik sie damals schon leicht von einander getrennt haben."

— Man schreibt der „Nat. Ztg.": „Wie wenig Wirkung die Hetzerei gegen Harnack auf die studirende Jugend ausübt, zeigt der Besuch seiner Collegien. Zu den ersten Vorlesungen, die vor gedrängt vollem Auditorium stattfanden, mögen wohl Manche aus bloßer Neugierde oder in der Erwartung sensationeller Entdüllungen gekommen sein. Nichts dergleichen ist erfolgt. Aber dennoch hat der Collegbesuch kaum abgenommen. Da mag sich das Kirchenregiment, ehe es sich zu irgend welchen Schritten entschließt, ernstlich die Frage vorlegen: in wessen Händen liegt die Zukunft: der protestirenden Pastorenconferenzen oder der studirenden Jugend?"

— In parlamentarischen Kreisen erregt die Wahl des freisinnigen Abgeordneten Dr. Alexander Meyer zum Mitgliede des Aufsichtsraths der Berliner Elektricitätswerke insofern einiges Aufsehen, als nach dem Berichte fortschrittlicher Blätter die vom Abgeordneten Dr. W. Siemens empfohlene Wahl des Herrn Meyer ausdrücklich damit begründet worden ist, daß Herr Meyer sowohl der Communalverwaltung nahe als auch mit der Industrie in Beziehungen stehe. Die Berliner Elektricitätswerke sind in vieler Hinsicht von der Berliner Stadtverordnetenversammlung abhängig gemacht. Die Stadt besitzt vom 1. October 1895 an das Ankaufsrecht, sie ist an dem Ueberschuß recht erheblich betheiligt. Vor Allem hat sie völlige Freiheit, der Gesellschaft die Benutzung der einzelnen Straßen für ihre Zwecke einzuräumen oder zu verbieten. Es liegt also, meint die „K. Z." zutreffend, auf der Hand, daß hier sehr wichtige collidirende Interessen vorliegen und daß es deshalb geboten erscheint, daß Dr. Alexander Meyer, wenn er durch Annahme der Wahl als Aufsichtsrathsmitglied die Interessen der Gesellschaft der Stadt Berlin gegenüber zu vertreten übernimmt, auf seinen Einfluß innerhalb der städtischen Verwaltung Verzicht leistet, also sein Stadtverordnetenmandat niederlegt.

— Die unabhängigen Socialisten, denen bisher alle Gegner der Fractionellen angehörten, haben sich, um eine strengere Scheidung zu veranlassen, nunmehr ein Programm gegeben, das der „F. Z." zufolge die Eroberung der Productionsmittel, die Abschaffung der capitalistischen Gesellschaft und die Aufhebung des Staats überhaupt verlangt. Durch große wirthschaftliche Massenactionen, Streiks, Boycotts, Verweigerung privatrechtlicher Verbindlichkeiten, müßten sich die Arbeiter zu Herren der Production machen. Sie müßten ihren principiellen Gegensatz zu allen Institutionen der heutigen Gesellschaft, wie Kirche, Schule, Heer, Bureaukratie, Parlamentarismus, zum Ausdruck bringen und jedes Pactiren mit einer anderen Gesellschaftsclasse ablehnen. Im Bunde mit der revolutionair-socialistischen Bewegung aller Länder sei zu kämpfen für eine auf genossenschaftlicher Production beruhende freie Gesellschaft auf demokratischer Grundlage mit vollkommener Gleichberechtigung Aller ohne Unterschied der Geschlechter.

— Die begründende Versammlung der Vereinigung von Ausstellungsfreunden ist auf den 19. November verschoben worden. Die Versammlung wird bekanntlich in Leipzig stattfinden. Das Vorgehen hiesiger Industriellen zum Zweck der Veranstaltung einer Berliner Gewerbeausstellung soll in auswärtigen Kreisen Verstimmung hervorgerufen haben. Viele süddeutsche Industrielle, so namentlich alle Württemberger, haben, wie es heißt, ihre Unterschriften für die Einladung zur begründenden Versammlung vorläufig zurückgezogen.

Ƶ **Eisleben**, 28. October. Wegen Beleidigung des Geheimen Bergraths Leuschner verurtheilte das Schöffengericht den socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Kunert zu 30 ℳ Geldstrafe event. 6 Tagen Gefängniß. Kunert hatte in einer Volksversammlung mit Bezug auf den Kläger die Worte „bodenlose Gemeinheit" und „Unverschämtheit" ausgestoßen.

n. **Gotha**, 28. October. Das hiesige freisinnige „Tageblatt" enthält heute eine längere Betrachtung über die Landtagswahlen im unserem Herzogthume. Bemerkenswerth ist der Schluß derselben, nach welchem der Wahlkampf der freisinnigen Partei nicht lauter Freude gebracht und der Sieg verhältnißmäßige Opfer gekostet habe. Außerdem wird gesagt: „Es hat uns ein Programm für die Landtagswahl gefehlt, denn man kann mit dem Parteiprogramm für das ganze Reich nicht unter ganz anderen Verhältnissen operiren. Auch unsere Organisation hat im Gegensatz zu der anderer Parteien klaffende Lücken gezeigt, die durch die Güte unserer Sache allein nicht ausgefüllt werden können. Da wird es viel zu thun geben, um die nächste Probe nicht nur mit Anstand, sondern glänzend zu bestehen!"

□ **Solingen**, 28. October. Für den Solinger Kreis waren bereits drei Delegirte zum socialdemokratischen Parteitage gewählt, doch befand sich der Reichstagsabgeordnete Schuhmacher nicht darunter. Das wurmte ihn, denn um sein Reichstagsmandat bangt, und er suchte sich deshalb einen stillen, abgelegenen Ort aus, wo er in aller Heimlichkeit eine „Parteiversammlung" einberief, ohne dieselbe jedoch in einem Parteiblatte bekannt zu machen. In letzter Stunde erhielten Schuhmacher's Gegner aber doch Wind davon und es fand sich eine Truppe von ihnen in der Versammlung ein. Nach einem Vortrage Schuhmacher's, der eine Vertheidigungsrede hielt und außerdem über Allerlei sprach, durften auch Gegner sprechen, doch nicht länger als zehn Minuten, deshalb verließen Viele bald den Saal. Schuhmacher wurde als Delegirter für den Parteitag gewählt, auch folgende Vertrauensresolution für ihn angenommen:

„Die heute in Großhöfingshausen bei Burscheid tagende zahlreich besuchte Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden. Dieselbe erkennt die Delegirtenwahl in Ohligs nicht an. Die Stellung, welche man zu derselben eingenommen, entspricht nicht dem demokratischen Princip, weil man sich nicht genügend über die Meinung der Genossen des unteren Kreises bezüglich der Delegirtenwahl informirt hat, da keine einzige öffentliche Versammlung trotz dem dringenden Verlangen der Burscheider Genossen stattgefunden hat, worin die Wahl besprochen worden wäre. Insbesondere protestirt die Versammlung gegen die Wahl Binde's als Delegirten für den unteren Kreis, da derselbe die Zustimmung der Genossen von Burscheid durchaus nicht erhalten hat und den hiesigen Wählern gar nicht bekannt ist. Des Weiteren kann die Versammlung nicht scharf genug das Vorgehen der Genossen des oberen Kreises gegen den Abgeordneten Schuhmacher verurtheilen. So lange man keinen Beweis unmoralischen Betragens seitens Schuhmacher's erbringt, so lange nicht Schuhmacher gegen das socialdemokratische Parteiprogramm verstößt, so lange die Abgeordneten der socialistischen Fraction Schuhmacher als ihren Collegen anerkennen, wird die Versammlung jede Machination, die darauf hinausgeht, seine Stellung als Abgeordneter im Kreise zu erschüttern, energisch zurückweisen und verspricht, mit ihm Hand in Hand ruhig und besonnen für die weitere Verbreitung der socialistischen Ideen eintreten zu wollen."

Die Wahl Schuhmacher's soll, weil die Versammlung nicht ordnungsmäßig einberufen sei, angefochten resp. annullirt werden. Zu dem Zweck findet in einigen Tagen an demselben Ort nochmals eine Delegirtenwahl-Versammlung statt. Man kann dreist behaupten, daß in Solingen und Umgegend zwei socialdemokratische Parteien existiren.

* **Darmstadt**, 27. October. Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen sind mit ihrem Sohne, dem Prinzen Waldemar, heute Nachmittag hier eingetroffen. Prinz Heinrich wird sich nächsten Sonntag in Begleitung des Großherzogs zur Theilnahme an den Einweihungsfeierlichkeiten nach Wittenberg begeben.

* **Karlsruhe**, 28. October. Heute sind es 20 Jahre, seit Staatsminister Dr. Turban die Leitung des damaligen Handelsministeriums übernahm. Erst mit Jolly's Rücktritt im Jahre 1876 wurde Dr. Turban noch als Präsident des Handelsministeriums, wie einst Matthy, zugleich Staatsminister, um sodann 1881 bei dem Rücktritt des Präsidenten v. Stösser und der veränderten Organisation der Ministerien das Ministerium des Innern und damit zugleich das wichtigste Ressort für die innere Politik zu übernehmen. Staatsminister Dr. Turban war und ist ein loyaler und überzeugungsvoller Träger der Aera des bürgerlichen Rechtsstaates in Baden. Was er in diesem Sinne treu und in unermüdlicher Arbeit geleistet, wird klar und unbestritten zur Erkenntniß kommen, wenn die heftigsten Wogen des Tagesparteikampfes sich wieder gelegt haben. Aus seinem Munde stammt das Wort, daß ein ultramontanes Ministerium in Baden unmöglich ist. Das glauben heute selbst die Ultramontanen auch in ihrem erbitterten Kampfe gegen den Liberalismus und gegen das liberale Regierungssystem. Trotz allen Kampfgeschreies besteht auch mit der Curie kein organischer Streit, und nur die Klosterfrage bildet einen von dem Centrum absichtsvoll in acutem Zustande erhaltenen Streitgegenstand. Wiederholt hat der Großherzog dem verdienten Staatsmann hervorragende Kundgebungen des Vertrauens zu Theil werden lassen und ihn das Verbleiben im activen Dienst durch Enthebung von den Präsidialgeschäften des Ministeriums des Innern ermöglicht, weil er seine Dienste nicht missen wollte. Trotz aller Anfeindungen ist die freie Staatsanschauung, als deren Träger Dr. Turban gewirkt hat, so fest im Volke gewurzelt, daß auch ein Rücktritt des leitenden Staatsmannes, wenn Alter oder leidende Gesundheit ihn in näherer oder fernerer Zukunft nöthig machen sollten, in diesen obersten Grundsätzen eine Aenderung nicht hervorbringen wird. In diesem Bewußtsein darf Staatsminister Dr. Turban freudig und stolz auf die 20 Jahre seiner Ministerthätigkeit zurückblicken. (Schw. M.)

* **München**, 28. October. Sämmtliche in München bestehenden liberalen Vereine haben sich dahin geeinigt, gemeinsam bei den kommenden Landtagswahlen vorzugehen. Auch der demokratische Verein hatte, wie die „M. N. N." hören, im Princip seine Bereitwilligkeit zur Theilnahme ausgesprochen, aber als Vorbedingung verlangt, daß von vornherein aus der Mitte des demokratischen Vereins ein von diesem zu bestimmender Candidat in Aussicht genommen werden müsse. Da die Vertreter der Liberalen auf diese Bedingung schon deshalb nicht eingehen konnten, weil die Nominirung der Candidaten naturgemäß erst nach der Wahl der Wahlmänner von diesen Letzteren vorgenommen werden wird, so schieden die Vertreter der demokratischen Partei aus der Vorberathung aus. — Der Beschluß der liberalen Vereinigungen Münchens ist ein hocherfreulicher; denn bei ernster und eifriger Wahlarbeit ist den geschlossen vorgehenden Liberalen der Sieg in München I sicher.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 28. October. In der heutigen Sitzung des Gemeinderathes kam es wiederum zu stürmischen Auftritten durch die antisemitischen Gemeinderäthe. Infolge dessen sah sich der Bürgermeister veranlaßt, die Gemeinderäthe Dr. Lueger und Steiner für die nächsten vier Sitzungen auszuschließen. Die genannten Gemeinderäthe mußten den Saal unverzüglich verlassen. Die übrigen antisemitischen Gemeinderäthe entfernten sich gleichfalls.

Frankreich.

* **Paris**, 29. October. (Telegramm.) Von den Arbeitern ist für heute auf dem Place de la Concorde gegen die Stellen-Vermittelungs-Bureaux eine Kundgebung geplant. Die Polizei hat infolge dessen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung nöthigen Maßnahmen getroffen. — Die französische Regierung richtete eine Note an das Brüsseler Cabinet, in der sie unter abermaligem Bedauern über die antibelgischen Unruhen in Nordfrankreich die Versicherung ertheilt, daß die belgischen Arbeiter fortan kräftig geschützt würden. Die französische Regierung erklärt sich gleichzeitig bereit, die Entschädigungsansprüche der belgischen Arbeiter zu prüfen. Der Zwischenfall erscheint demnach beigelegt.

Belgien.

* **Brüssel**, 29. October. (Telegramm.) Ueber die Thronrede anläßlich der Kammereröffnung am 8. November wird mitgetheilt, daß der König sich eingehend über die Verfassungsrevision und die Congofrage äußern werde.

Schweiz.

* **Bern**, 28. October. Behufs Abschlusses des Staatsvertrages findet am 7. November in Wien eine internationale Conferenz, betreffend die Rheinregulirung, statt. — Der Bundesrath bewilligte an die 1893 in Bern stattfindende schweizerische landwirthschaftliche Ausstellung 100 000 Francs. — Der am 3. September beim Bundesrath accreditirte Gesandte von San Salvador hat sich als Schwindler entpuppt. (!!)